

Deutsche Wirtschaft

Die Wirtschaft der Bundesrepublik zum Jahresbeginn 1972

Der Konjunkturabschwung hat sich in den letzten Monaten des Jahres 1971 fortgesetzt. Er wird auch in der nächsten Zeit andauern, sich vielleicht sogar noch beschleunigen. Für das 1. Halbjahr 1972 ist mit einer Stagnation zu rechnen — das reale (von Preissteigerungen bereinigte) Sozialprodukt wird nicht größer sein als im 1. Halbjahr 1971. Dennoch besteht kein Anlaß, die Entwicklung zu dramatisieren, vorausgesetzt, daß die amtliche Konjunkturpolitik unverzüglich auf einen expansiven Kurs umschaltet. Geschieht dies nicht und laufen die staatlichen Maßnahmen zur Ausweitung der Nachfrage nicht zügig genug an, ist indessen spätestens für die zweite Jahreshälfte eine Rezession, ein Rückgang des *realen* Sozialprodukts, zu befürchten.

Konjunkturpolitik am Kreuzweg

Die für das konjunkturpolitische Geschehen Verantwortlichen in Bonn, aber auch in den Ländern und Gemeinden, stehen also zu Beginn dieses Jahres an einem Kreuzweg. Welchen Weg die Bundesregierung gehen will, wird sich wahrscheinlich aus dem Jahreswirtschaftsbericht 1972 ergeben, der bei Erscheinen dieser Ausgabe der GM vorliegen wird, über den jedoch noch nicht entschieden war, als dieser Bericht geschrieben wurde¹⁾. Bekannt war bis dahin nur, daß die Bundesregierung im Jahreswirtschaftsbericht ihren Willen, expansive Maßnahmen zu beschließen, erklären wird, sich aber noch nicht auf einen Zeitpunkt festlegen will. Indessen kommt es gerade auf die *sofortige* konjunkturelle Gegensteuerung an, wenn im späteren Verlauf des Jahres eine Rezession mit ihren Gefahren für die Arbeitsplätze vermieden werden soll. Denn zwischen Ergreifen und Wirksamwerden von expansiven Maßnahmen verstreicht ein mitunter recht langer Zeit-

raum, „der in der Regel eher unter-, als überschätzt wird“. Auf diese Erfahrung — nicht zuletzt aus der Bekämpfung der Rezession von 1966/67 — hat das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut der Gewerkschaften (WSI) erneut in seinem jüngsten Konjunkturbericht hingewiesen²⁾. Eine stagnierende Entwicklung im 1. Halbjahr 1972 läßt sich ohnehin kaum noch beeinflussen. Jetzt kommt es darauf an, die konjunkturelle Talfahrt zu beenden und Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß in der zweiten Jahreshälfte Beschäftigung und Produktion allmählich wieder steigen.

Die Bundesregierung hat mit einem Kurswechsel in der Konjunkturpolitik bisher noch gezögert, weil sie nicht nur für einen hohen Beschäftigungsstand Sorge tragen, sondern auch die Preissteigerungen bekämpfen muß. Es wäre jedoch falsch, zu warten, bis die Preisindizes eine befriedigende Entwicklung anzeigen. Richtig stellt das Bundeswirtschaftsministerium in einem Diskussionspapier für die letzte Sitzung der Konzierten Aktion am 10. 12. 1971 fest, dies „hieß auf Spätindikatoren setzen, so daß dann die Zeit für die Vermeidung einer Rezession nicht mehr reichte“. Das Ministerium sieht (in seinem Monatsbericht über die wirtschaftliche Lage für Dezember 1971) in der gegenwärtigen Konjunkturlage „durchaus Chancen für die Wiedergewinnung eines höheren Maßes an Preisniveaustabilität“. Selbst die sehr vorsichtig urteilende Bundesbank bewertet die Aussichten, „den Geldwertschwund künftig stärker eindämmen zu können, ausgesprochen positiv“³⁾.

Allmähliche Preisberuhigung

Freilich darf man sich dabei nicht an dem Preisindex für die Lebenshaltung der privaten Haushalte orientieren, der im Dezember 1971 um 5,8 vH höher lag als ein Jahr zuvor. Auch in den ersten Monaten des neu-

1) Dieser Beitrag wurde am 10. 1. 1972 abgeschlossen.

2) Mitteilungen des WWI, H. 12/1971. Das Wirtschaftswissenschaftliche Institut der Gewerkschaften (WWI) erhielt eine um die Zukunftsforschung erweiterte Aufgabenstellung und wurde in WSI umbenannt.

3) Monatsberichte der Deutschen Bundesbank H. 12/1971, S. 6.

en Jahres werden die Verbraucherpreise wahrscheinlich noch in ungefähr gleichem Ausmaß steigen. Allmählich dürfte jedoch der Preisanstieg im Konsumbereich nachlassen. Im Jahresdurchschnitt 1972 rechnet die Bundesregierung mit einer Steigerungsrate von etwa 4,5 vH. Dabei ist zu berücksichtigen, daß das Preisniveau Ende 1971 bereits um rund 2 vH über dem Durchschnitt des Jahres 1971 lag. Dieser Jahresdurchschnitt 1971 war um 5,3 vH höher als der Durchschnittsstand des Jahres 1970. Die Entwicklung der Preise vollzieht sich allerdings in den einzelnen Sektoren der Volkswirtschaft nicht gleichlaufend, worauf bereits im letzten Bericht zur Wirtschaftslage⁴⁾ aufmerksam gemacht wurde.

Während die Verbraucherpreise vom April bis zum November 1971 um 2,3 vH anstiegen, erhöhten sich die Erzeugerpreise für Industrieprodukte im gleichen Zeitraum nur noch um 0,8 vH; in der gleichen Zeit des Vorjahrs war der Anstieg gut dreimal so groß gewesen. Die Großhandelspreise haben sich vom April bis zum November 1971 nur noch um 0,5 vH erhöht; die Einfuhrpreise für Güter der gewerblichen Wirtschaft sind seit der Freigabe des Wechselkurses Anfang Mai bis November 1971 sogar um rund 5 vH gesunken. Im ganzen haben sich die Preise in unserer Volkswirtschaft spürbar beruhigt.

Jedenfalls ist das Ziel der Vollbeschäftigung nunmehr stärker gefährdet als das Ziel der Preisstabilität. Ende 1971 war die Arbeitsmarktlage allerdings noch nicht besorgniserregend. Es waren fast 270 000 *Arbeitslose* gemeldet; das ergab eine Arbeitslosenquote von 1,2 vH. Selbst im Dezember 1968 betrug diese Quote 1,3 vH, während sie im Dezember 1967 rund 2,4 vH ausmachte. Ein Vergleich mit 13 westlichen Industrieländern zeigt, daß die Arbeitslosigkeit im November 1971 nur noch in Norwegen und Japan so niedrig war wie in der Bundesrepublik. Andere Länder, zum Teil mit einer gegenwärtig besseren Konjunktur, zum Teil auch mit stärkerem Preisanstieg, hatten

höhere Arbeitslosenquoten; z. B. Frankreich (2,1 vH), Italien (3 vH), Belgien (2,8 vH), Großbritannien (3,7 vH bei 9,2 vH Teuerung), Schweden (2,2 vH bei 6,8 Preisanstieg), Dänemark (3,1 vH; Preisanstieg 6 vH), USA (5,7 vH) und die Niederlande (2,1 vH; Preisanstieg 8,3 vH).

Mit 406 000 war die Zahl der Mitte Dezember 1971 bei den Arbeitsämtern registrierten *Kurzarbeiter* beträchtlich angestiegen. In dieser Zahl enthalten waren jedoch rund 230 000 Kurzarbeiter, deren Betriebe im Zusammenhang mit dem Arbeitskampf in Nordwürttemberg/Nordbaden ihre Produktion vorübergehend gedrosselt hatten. Es verblieben 176 000 Arbeitnehmer, die vorwiegend aus konjunkturellen Gründen Mitte Dezember mindestens ein Zehntel weniger arbeiteten als es der üblichen Arbeitszeit entspricht — das ist das Merkmal für Kurzarbeit. Gegenüber November 1971 hatte sich die Zahl der konjunkturellen Kurzarbeiter nahezu verdoppelt.

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit gab Ende 1971 unter der Annahme, daß rechtzeitig und ausreichend konjunkturpolitisch gegengesteuert wird, eine Vorausschätzung der Arbeitsmarktentwicklung im Jahre 1972 ab. Selbst bei dieser Annahme erwartet das Institut einen Anstieg der Arbeitslosenzahl auf rund 300 000 im Durchschnitt des 1. Halbjahres 1972. Dies wären etwa 50 vH mehr als ein Jahr zuvor. Die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer im Bundesgebiet würde etwas unter die Zwei-Millionengrenze zurückgehen. Bei rechtzeitiger und ausreichender expansiver Konjunkturpolitik kann das vorjährige Beschäftigungsniveau im Laufe des 2. Halbjahres jedoch wieder erreicht werden.

Kreditpolitische Erleichterungen

Mitglieder der Bundesregierung und des Bundesbankpräsidiums hatten in den letzten Monaten des vergangenen Jahres geäußert, daß mit einer konjunkturpolitischen Kursänderung abgewartet werden sollte, bis — neben einer spürbaren Preis-

4) GM, H. 10/1971, S. 632 ff., speziell S. 635.

beruhigung — der Arbeitskampf in der Metallindustrie sowie die Lohnbewegung im öffentlichen Dienst beendet wären und die Unsicherheit in der internationalen Währungsentwicklung beseitigt sei. Nachdem sich diese von ihnen selbst geforderten Voraussetzungen erfüllt haben, sind — wie es im letzten Konjunkturbericht des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften heißt — „Bundesregierung und Bundesbank aufgerufen, solche expansiven Maßnahmen zu ergreifen“. Die Bundesregierung sollte nunmehr den Eventualhaushalt einsetzen und bald damit beginnen, den — 1970/71 von den Lohn- und Einkommensteuern erhobenen und bei der Bundesbank stillgelegten — Konjunkturzuschlag zurückzuzahlen; und die Bundesbank sollte deutliche Signale in Form einer stärkeren Diskontsatzsenkung und einer Herabsetzung des Mindestreservesatzes geben.

Zur gleichen Zeit, als diese Passage aus dem WSI-Konjunkturbericht veröffentlicht wurde, beschloß der Zentralbankrat, mit Wirkung vom 23. Dezember 1971 den Diskontsatz von 4,5 auf 4 vH und den Lombardsatz von 5,5 auf 5 vH zu senken. Außerdem wurde der Mindestreservesatz für reservepflichtige Inlandsverbindlichkeiten am 1. Januar 1972 um 10 vH gesenkt, wodurch das Mindestreservesoll um 2,9 Mrd. DM verringert wurde — dementsprechend erhöhte sich die Liquidität der Banken und der Wirtschaft. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß durch die Zinsgutschriften per 31. 12. 1971 auf Spareinlagen das Mindestreservesoll automatisch um rund 1 Mrd. DM angestiegen ist — die Senkung des Mindestreservesatzes war zum Teil also lediglich ein Ausgleich für diese automatische Erhöhung. Die kreditpolitischen Erleichterungen waren ein begrüßenswerter Schritt zur Kostenentlastung der Unternehmen, dem jedoch bald noch einige weitere folgen müssen — und sicherlich auch werden. In der Hauptsache wurden die Bundesbankbeschlüsse allerdings nicht binnenwirtschaftlich begründet, sondern als Beitrag zur Verringerung des internatio-

nen Zinsgefälles, das nach der Washingtoner Vereinbarung über die neuen Wechselkursverhältnisse wieder eine wichtige Rolle spielt.

Tarifabschlüsse bei Metall und im öffentlichen Dienst

Die Gewerkschaften haben jedenfalls durch die Tarifabschlüsse in der Metallindustrie ihren Beitrag zur Preisberuhigung geleistet. Der Arbeitskampf in der Metallindustrie von Nordwürttemberg/Nordbaden wurde durch einen Kompromiß beendet, wonach die Löhne und Gehälter am 1. Januar 1972 um 7,5 vH erhöht und für die Monate Oktober bis Dezember 1971 ein Betrag von zusammen 180 DM netto gezahlt wurde. Dieser Vertrag läuft bis Ende dieses Jahres. In den anderen Tarifbezirken der Metallwirtschaft wurden gleichlautende Vereinbarungen getroffen. Für die Angestellten und Arbeiter im öffentlichen Dienst konnte eine Erhöhung der Gehälter und Löhne um 4 vH und zuzüglich 30 DM im Monat erreicht werden; zusammen ist dies bei einem Bruttoeinkommen von 1 000 DM eine Heraufsetzung um 7 vH. Diese Tarifabschlüsse beweisen erneut, wie sehr sich die Gewerkschaften für das Gemeinwohl verantwortlich fühlen. Sie haben auch diesmal eine Tarifpolitik betrieben, die an den wirtschaftlichen Gegebenheiten orientiert ist.

Daß dies kürzlich von dem Direktor und Chefvolkswirt der Bundesbank Dr. *Irmeler*, einem Mann mit eher konservativen Ansichten, anerkannt wurde, ist zu begrüßen. Er schrieb in der Zeitschrift der Industrie- und Handelskammer Kassel: „Man darf nicht nur kritisieren, sondern muß auch die Schwierigkeiten würdigen, die darin liegen, eine Lohn- und Gehaltsexpansion mit zweistelligen Zuwachsraten pro Jahr, wie wir sie voriges Jahr (1970) noch hatten, auch nur auf die Hälfte zurückzuschrauben. Das aber ist geschehen.“ Dr. *Irmeler* empfiehlt an gleicher Stelle, die Arbeitgeber sollten im Falle unvorhergesehen stark steigender Gewinne während einer Hochkonjunk-

tur die Arbeitnehmer besser freiwillig am steigenden Ertrag beteiligen, „als daß man sich Lohnerhöhungen erst durch wilde Streiks abzwängen läßt“. Ähnlich äußerte sich kürzlich der DGB-Vorsitzende, *Heinz O. Vetter*, zu den in der Metallindustrie vereinbarten Laufzeiten der Tarifverträge (bis Ende 1972): „Sollte es in den nächsten Monaten zu einer Verbesserung der Konjunkturlage kommen, würde ich den Arbeitgebern empfehlen, zu beraten, was zu tun ist.“ Damit ist eine Frage berührt, die für ein stetiges Wirtschaftswachstum sehr wichtig ist. Wenn künftig die Konjunkturausschläge nach oben und nach unten kleiner werden sollen, wenn die Volkswirtschaft stetiger als bisher wachsen soll, dann dürfen die Lohnerhöhungen nicht mehr so stark hinter der Gewinnentwicklung hinterherhinken, wie es im jetzt zu Ende gehenden Konjunkturzyklus der Fall war.

Neufestsetzung der Wechselkurse

Das bedeutendste wirtschaftspolitische Ereignis in dem Zeitraum, über den hier berichtet wird, war das Ergebnis der internationalen Währungskonferenz am 17. und 18. Dezember in Washington. Die Minister und Notenbankpräsidenten der sogenannten Zehnergruppe, der zehn wichtigsten westlichen Industriestaaten, einigten sich auf ein neues Gefüge von Wechselkursrelationen zwischen ihren Währungen. Im Mittelpunkt dieser — oft als „Realignment“ bezeichneten — Neufestsetzung der Wechselkurse stand die Abwertung des Dollars gegenüber dem Gold um 7,9 vH; der Preis für eine Unze Feingold wurde von 35 auf 38 Dollar heraufgesetzt. Die DM wurde im Verhältnis zum Dollar — verglichen mit dem amtlichen Kurs vor der Freigabe des Wechselkurses im Mai 1971 — um 13,6 vH aufgewertet. Das Bundeskabinett setzte den Dollar-Mittelkurs auf 3,2225 DM fest. Die Bundesbank wurde gebeten, künftig durch An- oder Verkäufe auf dem Devisenmarkt einzugreifen, um den DM-Kurs zum Dollar innerhalb einer Bandbreite von 3,15 DM bis 3,295 DM zu

halten. Die Schwankungsbreiten wurden in Washington — von bisher 3/4 vH — auf 2 1/4 vH auf beiden Seiten des Mittelkurses erweitert. Neben den Kurskorrekturen ist diese größere Kursbeweglichkeit ein wesentlicher Beitrag, um ein realistisches und deshalb stabiles Weltwährungssystem wiederherzustellen. Eine wichtige Erleichterung für den internationalen Handel ist außerdem die Zusage der USA, die im August eingeführte zehnpromzentige Einfuhr-Sondersteuer und die Diskriminierung des Imports von Investitionsgütern wieder aufzuheben.

Durch die Einigung in Washington erhielt die deutsche Wirtschaft nicht nur eine sichere Kalkulationsgrundlage zurück. Sie wurde zudem im Vergleich zu der Zeit des „Floating“ entlastet, denn die Wechselkursneuordnung beseitigte Verzerrungen der Kursverhältnisse, die infolge der unterschiedlichen Wechselkurspolitik der europäischen Staaten im 2. Halbjahr 1971 entstanden waren. Dies trifft besonders gegenüber Frankreich, unserem wichtigsten Handelspartner, zu. Da Frankreich den Wechselkurs des Franc nicht freigegeben hatte, betrug der Aufwertungssatz der DM gegenüber dem Franc vor der Konferenz rund 12 vH; auf Grund der Neuordnung ist dieser Satz auf 4,6 vH verringert worden. Insgesamt ist der Aufwertungssatz gegenüber den Ländern der Zehnergruppe und der Schweiz — unseren wichtigsten Abnehmern — von 6,3 vH vor der Washingtoner Konferenz auf 4,8 vH vermindert worden; gegenüber den Ländern der EWG sogar von 6 auf 3,5 vH.

Wieder bessere Exportchancen

Diese Verbesserung unserer Exportsituation wirkt konjunkturstabilisierend. Ohnehin ist der von Unternehmerseite geäußerte und verbreitete Pessimismus über unsere Exportaussichten von der bisherigen Entwicklung nicht bestätigt worden. Es ist zwar eine deutliche Beruhigung im Exportgeschäft eingetreten, aber kein Einbruch erfolgt, wie vorausgesagt worden war — das Industrieinstitut hatte

Mitte August sogar behauptet, das deutsche Exportgeschäft mit den USA stehe „vor dem Ruin“. Im ganzen Jahr 1971 ist die Ausfuhr mit einem Wertzuwachs von knapp 10 vH noch kräftig gestiegen, allerdings gingen die Zuwachsraten im Jahresverlauf erheblich zurück. Die Einfuhr stieg 1971 ebenfalls um rund 10 vH an. Schaltet man den Preisanstieg um durchschnittlich 2 vH bei Exportwaren und den Rückgang der Einfuhrpreise um 1 vH aus, ergibt sich ein Zuwachs des Volumens der Ausfuhr um fast 8 vH und der Einfuhr um rund 11 vH.

Für die weitere Entwicklung geben die Auftragseingänge aus dem Ausland einen wichtigen Hinweis. Im Durchschnitt der Monate September/November 1971 waren die *Auftragseingänge* aus dem Ausland bei den Industriefirmen nominal um knapp 2 vH niedriger als ein Jahr zuvor⁵⁾. Allerdings war der *Bestand* an Auslandsaufträgen immer noch groß. Mehrere Wirtschaftsforschungsinstitute erwarten in ihren Voraussagen für 1972 keinen weiteren Rückgang der Auslandsnachfrage⁶⁾. Vielmehr ist wieder mit einem besseren Exportgeschäft zu rechnen, da sich die Wirtschaft in mehreren wichtigen Handelspartnerländern bereits wieder im Konjunkturaufschwung befindet. Die OECD sagt für ihre sieben wichtigsten Mitgliedsländer für das 1. Halbjahr 1972 sogar eine reale Wachstumsrate von reichlich 5 vH voraus gegenüber 3,75 vH im 2. Halbjahr 1971.

Unternehmer Investieren weniger

Für den weiteren Konjunkturverlauf ist die Entwicklung der Investitionen von großer Bedeutung. Die Investitionsneigung der privaten Unternehmen ist im Laufe des Jahres 1971 erheblich gesunken; die Bestellungen inländischer Firmen bei der Investitionsgüterindustriewaren im 2. Halbjahr 1971 niedriger als ein Jahr zuvor. Dies wird sich 1972 auswirken. Schon im 2. Halbjahr 1971 wurde in der gesamten Volkswirtschaft real (nach Ausschaltung der Preissteigerungen) fast 1 vH weniger an Ausrüstungen (Maschinen und andere

Produktionsapparaturen) und sogar um 2,8 vH weniger an Bauten investiert als im 2. Halbjahr 1970. Die letzte Investitionsstudie des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung bei den Industrieunternehmen läßt eine weitere Verschlechterung des Investitionsklimas erkennen. Nach ihren Plänen wird die Industrie in diesem Jahr um 6 vH weniger investieren als 1971. Real ist sogar ein Rückgang von etwa 9 vH zu erwarten. Für die Volkswirtschaft insgesamt schätzt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (in seinem Wochenbericht vom 7. 1. 1972) voraus, daß die Ausrüstungsinvestitionen im 1. Halbjahr 1972 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum real um 7,5 vH zurückgehen werden.

Das Ifo-Institut weist jedoch darauf hin, daß die Investitionspläne je nach der konjunkturellen Entwicklung stärker geändert werden können. Dies wird vor allem davon abhängen, ob möglichst bald eine entscheidende Korrektur des konjunkturpolitischen Kurses erfolgt. Sie wird nicht nur vom Deutschen Gewerkschaftsbund gefordert, sondern unter anderem auch von einigen Wirtschaftsforschungsinstituten in kürzlich veröffentlichten Prognosen empfohlen; so vom Kieler Institut für Weltwirtschaft und vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW).

Jetzt expansive Finanzpolitik

In seiner Prognose geht das DIW davon aus, daß die — von Bund und Ländern 1970 und 1971 bei der Bundesbank eingezahlte und stillgelegte — Konjunkturausgleichsrücklage in Höhe von insgesamt 3,6 Mrd. DM alsbald freigegeben und daß der von den Lohn- und Einkommensteuerzahlern aufgebrachte Konjunkturzuschlag in Höhe von 5,8 Mrd. DM bis zur Jahresmitte 1972 zurück-

5) Bei Abschluß dieser Arbeit lagen Angaben über Auftragseingänge und Produktion in der Industrie sowie über den Außenhandel erst bis zum Monat November 1971 vor.

6) So das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung und das Hamburger Weltwirtschaftsarchiv (HWWA).

gezahlt werden⁷⁾. Diese Manövriermasse erscheint dem Institut als groß genug zur Wiederbelebung der Konjunktur. In der DIW-Prognose nehmen die öffentlichen Investitionen 1972 gegenüber 1971 um 15 bis 16 vH zu; das ist ein realer Zuwachs von 9 bis 10 vH — im Jahre 1971 sind die Investitionen von Bund, Ländern und Gemeinden nur um gut 1 vH größer als 1970 gewesen, real waren sie sogar um 5 vH zurückgegangen. Soll sich die empfohlene belebende Wirkung auf die Konjunktur ergeben, dann muß mit den expansiven Maßnahmen allerdings sofort begonnen werden und dann „muß für ein reibungsloses Zusammenwirken aller Ebenen der Gebietskörperschaften gesorgt werden. Dies gilt insbesondere für das Verhältnis der Länder zu den Gemeinden.“ Da die Gemeinden nach wie vor die Hauptlast der öffentlichen Investitionen zu tragen haben, müßte eine Aufstockung der zweckgebundenen Zuweisungen an die Gemeinden — gegenüber den bisherigen Planungen — um etwa 1,5 Mrd. DM erfolgen.

Der Wohnungsbau wird in diesem Jahr zur Stützung der Konjunktur beitragen. Ende 1971 befanden sich noch etwa 600 000 Wohnungen im Bau. Konjunkturstabilisierend wird vor allem der private Verbrauch wirken, der 1972 zwar im Vergleich zu 1971 zurückgehen, aber immerhin nach den Annahmen des DIW um rund 8,5 vH wachsen wird (1971: + 10,8 vH) — real um 3,5 vH (1971: + 5,4 vH).

Aufschwung im 2. Halbjahr 1972?

Bei expansiver Konjunkturpolitik kann der Abschwung bis zur Jahresmitte aufgehalten und in der zweiten Jahreshälfte der Übergang zu einem wieder befriedigenden Wachstumstempo erfolgen. Das DIW schätzt, daß das reale Bruttosozialprodukt im 1. Halbjahr 1972 nicht größer sein wird als im gleichen Vorjahrszeitraum, während es im 2. Halbjahr um etwa 3 vH zunehmen wird. Für das ganze Jahr 1972 ergibt sich daraus eine reale Zuwachsrate von 1,5 vH nach gut 2 vH im Jahre 1971 (1. Halbjahr: 3,9 vH, 2. Halbjahr: 0,4 vH). Voraussichtlich wird die Industrieproduktion im 1. Halbjahr 1972 spürbar gedrosselt werden. Das DIW schätzt einen Rückgang der Industrieproduktion um etwa 3 vH gegenüber dem 1. Halbjahr 1971 voraus; damals befand sich die Industrie allerdings in einem Zwischenhoch, so daß der Jahresvergleich ungünstiger als sonst erscheint. „Nur wenn es gelingt, den Abschwungsprozeß im 2. Halbjahr 1972 in einen erneuten Produktionsanstieg zu überführen — er kann im Vorjahrsvergleich allenfalls einen Zuwachs von 1 vH bringen —, wird die Industrieproduktion im Jahresdurchschnitt weniger stark zurückgehen als 1967, um etwa 1 vH.“ Im Jahre 1967 lag die Industrieproduktion um 2,8 vH unter dem Vorjahrsniveau.

Günter Pehl

7) Grundlinien der "Wirtschaftsentwicklung, DIW-Wochenbericht vom 7. 1. 1972.